

# Ohne Beisshemmung

**Weko** Die Behörde hat sich einen guten Ruf erarbeitet – auch dank dem Verfahren gegen Elmex.

DAVID VONPLON

**H**art in der Sache sei er, resolut im Auftritt und bisweilen aggressiv. Es sei vorgekommen, dass er kleinere Firmen bis über die Schmerzgrenze hinaus geplagt habe. Doch selbst Anwälte, die in den Hearings auf der Gegenseite standen, attestieren ihm Dossierfestigkeit und Integrität.

Die Rede ist von Vincent Martenet. Seit fast sieben Jahren ist er oberster Wettbewerbschützer des Landes. Jetzt tritt er auf Ende Jahr hin ab – er muss. Nach zwölf Jahren bei der Wettbewerbskommission, sieben davon als Präsident, stösst Martenet Ende Jahr an die Amtszeitbeschränkung. Der Weko-Präsident hätte durchaus Lust verspürt, weiterzumachen. Doch der Bundesrat war offenbar nicht bereit, seine Amtszeit zu verlängern, wie er es «in begründeten Einzelfällen» tun kann.

Letzte Woche hat das Generalsekretariat von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann eine Stellenanzeige für das Amt des Wettbewerbschützers publiziert. Über eine «grosse persönliche Glaubwürdigkeit» müsse der künftige Präsident verfügen. Und über «das Geschick, die Kommission zu Entscheiden von hoher Qualität zu führen».

## Hausaufgaben erledigt

Weko-Präsident Vincent Martenet verfügt über dieses Geschick. Darüber sind sich die meisten Wettbewerbsrechtler und Ökonomen einig. «Unter Martenet ist die Weko zu einem Entscheidungsgremium geworden. Er hat dafür gesorgt, dass man die Verfahren in den Griff bekommt und rasche Urteile fällt», sagt Jürg Niklaus, bis Ende 2015 Mitglied der Wettbewerbskommission. Dass sich die Fälle der Weko trotzdem über Jahre hinwegziehen, liegt denn auch meist nicht an der Wettbewerbsbehörde, sondern an der Bummeljustiz an den Gerichten.

Die Weko selbst hat derweil unter Martenet ihre Hausaufgaben gemacht: Zwei Drittel aller direkten Sanktionen, welche die Weko seit deren Einführung im Jahr 2004 überhaupt ausgesprochen hat, wurden unter seiner Ägide ausgesprochen. Und die Urteile hatten vor Gericht meistens Bestand. Dass die Weko wegen Verfahrensfehlern von Richtern zurückgepfiffen wurde, oder weil sich die Behörde in der Argumentation verantere, hatte zuletzt Seltenheitswert.

Das war nicht immer so: Im April 2011 erlebte die Weko ihr Waterloo, als das Bundesgericht eine Busse gegen die Swisscom über 333 Millionen Franken vom Tisch wischte. Die Richter konnten der Argumentation der Weko über die angeblich überhöhten Preise, die der Telekom-Konzern für die Mobilfunkverbindungen an andere Netzbetreiber verrechnete, nicht folgen.

## Elmex-Urteil: ein Meilenstein

In den letzten Jahren jedoch reiht die Weko vor Gericht Erfolg an Erfolg – so auch bei der Swisscom: In der Auseinandersetzung über die Preispolitik bei den schnellen Internetzugängen erhielt sie vor Bundesverwaltungsgericht recht. Nun kann sie auf einen Sieg vor Bundesgericht hoffen.

Als Meilenstein, der weit über den einzelnen Fall hinausragt, gilt für die Weko indes das Urteil des Bundesgerichts über verpönte kartellrechtliche Absprachen im Fall Gaba. In einem Leitentscheid urteilten die Richter in Lausanne, dass der Hersteller der Zahnpasta Elmex Parallelimporte zulassen müsse. Sie bestätigten damit die harte Gangart der Weko nicht nur gegen horizontale Kartelle, sondern auch gegen sogenannte vertikale Absprachen zwischen Herstellern und Händlern.

Die Hürde für wettbewerbsrechtliche Eingriffe bei Gebietsabsprachen liegt nach dem Urteil nun deutlich tiefer. Und die Weko hat alle Trümpfe in der Hand, dass das Bundesgericht ihr auch im Rechtsstreit mit dem deutschen Autobauer BMW folgt. Ihm hatte die Wettbewerbsbehörde eine Busse von 156 Millionen Franken auferlegt, weil er es seinen Händlern verbot, Autos zu EU-Preisen in die Schweiz zu liefern.

Zähneputzen: Dank dem Kampf der Weko für Parallelimporte günstiger.



**Andreas Heinemann** Der gebürtige Deutsche mit Schweizer Pass gilt als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Weko-Präsidenten. Der Kartellrechtler, der auch über einen ökonomischen Abschluss verfügt, lehrt an den Universitäten Zürich und Lausanne.



**Vincent Martenet** Der Neuenburger Rechtsprofessor verlässt die Weko Ende Jahr nach zwölf Jahren, sieben davon stand er der Kommission als Präsident vor. Martenet verlässt die Wettbewerbsbehörde aufgrund der Amtszeitbeschränkung.

Die Ermittlungen zum Fall Gaba fallen zwar noch in die Zeit, als Walter Stoffel Präsident der Weko war. Doch Martenet kann sich ebenfalls ein Stück von den jüngsten Erfolgen vor Gerichten abschneiden: Der Neuenburger Rechtsprofessor erschien jeweils persönlich an den Gerichtsverhandlungen und hat für die Weko plädiert.

## Mangelndes Fingerspitzengefühl

Das entschlossene Vorgehen der Weko in der Ära Martenet bei der Bekämpfung von Kartellen – nicht zuletzt auch mit diversen Interventionen in der Bauwirtschaft – kontrastiert allerdings mit der öffentlichen Wahrnehmung des Weko-Präsidenten: Dort hatte seine Stimme – anders als die seiner Vorgänger – nie Gewicht.

Wie wenig Arena-tauglich Martenet war, zeigte sich spätestens in der Debatte über die Hochpreisinsel Schweiz: Der Westschweizer Akademiker machte keine Anstalten, sich in die Diskussion einzuschalten – obwohl Konsumentenschützer die Weko für ihre Ziele einzuspinnen versuchten. Martenet hätte den Standpunkt der Weko in den Medien deutlicher erklären müssen, monieren Wettbewerbsrechtler. Es gehöre ins Aufgabenheft des Weko-Präsidenten, der Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch den Firmen, Rechenschaft über die Gangart seiner Behörde abzulegen.

Ebenso wenig gelang es der Weko unter Martenet, der Politik zu vermitteln, dass eine Revision des Kartellgesetzes vordringlich sei – und dem Wirtschaftsminister klar aufzuzeigen, wie eine solche auszusehen habe. Am Schluss schusterte Schneider-Ammann eine Vorlage zusammen, die überladen und überflüssig wirkte – und vom Parlament bachab geschickt wurde. «Es fehlte bei Martenet das Fingerspitzengefühl für das politisch Machbare», erklärt ein Wettbewerbsökonom.

Dabei ist für Kritiker nicht nur die mangelhafte Kommunikation des Weko-Präsidenten dafür verantwortlich, dass

die Weko in der Preisdebatte eine schlechte Figur machte. Die Behörde habe in den letzten Jahren Fälle vernachlässigt, in denen Unternehmen ihre marktbeherrschende Stellung missbrauchten, moniert Kartellrechtler Marino Baldi. «Man hat sich stattdessen auf einfache Tatbestände konzentriert, die man direkt sanktionieren kann.»

«Hätte die Weko hier weniger Berührungsängste gezeigt, wäre das Bedürfnis für die Fair-Preis-Initiative gar nicht erst entstanden», so das frühere Weko-Mitglied. Baldi begrüsst es jedoch, dass Martenet in der Preisdebatte nicht der Versuchung erlegen sei, sich für Massnahmen stark zu machen, die dem Kartellgesetz systemfremd gewesen wären. Er bezeichnet Martenet als «besten Weko-Präsidenten, den ich erlebt habe».

## Favorit Heinemann

Noch bis Ende Jahr bleibt Martenet im Amt. Doch das Auswahlprozedere für einen geeigneten Nachfolgekandidaten ist bereits angelaufen. Und wer die besten Karten für den Präsidentenposten hat, steht fest: Praktisch unisono nennen Insider den gegenwärtigen Vize Andreas Heinemann als Kronfavoriten. Der 55-jährige Rechtsprofessor, der an den Universitäten Zürich und Lausanne lehrt, hat sich wissenschaftlich im Kartellrecht profiliert und kennt Schweizer Institutionen und Recht aus dem Effeff.

Die entscheidende Frage wird allerdings sein, wie viel Stallgeruch der Weko-Präsident aus Sicht des Bundesrats haben muss. Heinemann sei zu stark vom europäischen Kartellrecht geprägt, werfen Kritiker ein. Entscheidet sich der Bundesrat wider Erwarten für eine externe Lösung, wird Patrick Krauskopf, Ex-Weko-Vizedirektor und heutiger Leiter des Zentrums für Wettbewerbs- und Handelsrecht an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, als aussichtsreicher Kandidat genannt. Ein Entscheid des Bundesrats in der Personalie wird im Herbst erwartet.

## FREIE SICHT

# Vergesst die G20!

REINER EICHENBERGER

**G**20-Gipfel sind immer ärgerlich. Statt über ihren Sinn und Unsinn wird über die sie begleitenden absurden Gewaltausbrüche diskutiert. Inhaltliche Kritik an den Treffen und ihren Ergebnissen wird leicht als Unterstützung für die «Demonstranten» verstanden. Zuweilen erhält man das Gefühl, genau davon lebten die G20. Die Gewaltanlässe dienen ihr in gewissem Sinne als «protective belt».



Natürlich ist es gut, wenn Regierungen miteinander über die Probleme dieser Welt reden. Von den G20 Lösungen zu erwarten, ist aber mehr als mutig. Die G20 sind die selbsternannte «Group of the world's 20 leading industrialised and emerging economies». Wenig problematisch ist, dass es einige Länder (wie die Schweiz) gibt, die je nach Mass wirtschaftlich bedeutender als einzelne der Mitglieder sind, und dass die G20 kein «demokratisches Mandat» der anderen Länder haben. Viel problematischer ist, dass je nach Zählart vier bis zehn der zwanzig Länder selbst keine gut funktionierenden, stabilen Demokratien sind, also nicht einmal ein klares demokrati-

## «Die G20 sind genau genommen eher die L20, die Loser 20.»

sches Mandat ihrer eigenen Einwohner haben. Zudem sind es nicht die «leading» Länder, sondern einfach die grossen. Die Mitglieder sind fast identisch mit den zwanzig grössten Volkswirtschaften gemessen am Bruttoinlandprodukt zu Kaufkraftparitäten.

Die Lösung der Weltprobleme von Ländern zu erwarten, einfach weil sie gross sind, ist naiv. Wenn schon müsste man eine Eigenschaft nehmen, die mit Problemlösungsfähigkeit korreliert. Das wohl beste Mass dafür ist ihr eigener Erfolg. Den kann man auf ganz unterschiedliche Arten messen, etwa anhand von Niveau und Wachstum von Bruttoinlandprodukt pro Kopf, Lebensqualität, Freiheit, Nachhaltigkeit.

Regierungen von Ländern wie der Schweiz, die über ihre Nicht-Mitgliedschaft in der G20 unglücklich sind, sollten selbst zur Tat schreiben. Sie sollten die S20 gründen, die «Society of the world's most successful industrialised and emerging economies». Wenn sie nur nach dem Bruttoinlandprodukt pro Kopf zusammengestellt würde, wären noch vier Mitglieder der G20 vertreten. Wenn andere Kriterien berücksichtigt werden, werden es kaum mehr. Die G20 sind also genau genommen eher die L20, die Loser 20.

Und was sollen die Schweizer angesichts der Tatsache tun, dass ihre Regierung wohl nicht den Mut hat, die S20 zu gründen? Kein Problem. Was wirklich zählt, ist nicht der Einfluss des eigenen Landes insgesamt, sondern der Einfluss pro Kopf. Und da sind die Schweizer Weltspitze. Grosse Länder und Gebietskörperschaften haben als Ganzes einen grossen Einfluss. Pro Einwohner ist ihr Einfluss aber weit kleiner als derjenige kleiner Länder und Gebietskörperschaften. Das gilt in der Welt, in der EU, und auch innerhalb der Schweiz. Die G20 sind also wirklich die L20.

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel «Handelszeitung»-Chefökonom Simon Schmid, «Handelszeitung»-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.

## ► FREIE SICHT

Alle Kolumnenbeiträge im Internet: [handelszeitung.ch/freiesicht](http://handelszeitung.ch/freiesicht)